

Kampagne zur Deutschen Einheit



DAS IST SOOO DEUTSCH.



Das Motto der Kampagne lautet: „Deutschland ist eines: vieles“. Gezeigt werden Klischees, die alle kennen.

Spott und Häme für Klischee-Plakate

Berlin – Viel Spott, aber auch Empörung muss die deutsche Bundesregierung für ihre Kampagne zum Jubiläum der Friedlichen Revolution vor 30 Jahren im Internet derzeit einstecken. Mit Plakaten und kleinen Videoclips, die ironisch gemeinte Motive zu deutschen Klischees mit den Worten „das ist soo deutsch“ zeigen, wollte Berlin eigentlich die Vielfalt Deutschlands herausstreichen. Zu sehen sind u. a. Füße in Tennissocken und Sandalen, Gartenzweige oder der mit einem

Handtuch besetzte Liegestuhl am Pool, aber auch bekannte deutsche Landschaften. Die Plakate seien als „geistige Lockerungsübung“ für Gesprächsrunden mit Menschen aus Partnerstädten in Ost und West gedacht, die Ende des Jahres beginnen sollen, heißt es in Berlin. Durch die Motive sollten die Leute dazu angeregt werden, sich selbst zu fragen, was für sie persönlich typisch deutsch sei. Die Kampagne kostete laut Regierungssprecher 7,8 Mio. Euro. (TT, dpa)



DAS IST SOOO DEUTSCH.



Auf Plakaten und in Videoclips zu sehen: Gartenzweige und besetzte Liegestühle, aber auch Landschaften.

Was von der Wende, was von der DDR noch geblieben ist

Ostbeauftragter. Offiziell heißt die Funktion „Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer“. Derzeit ist das Christian Hirte. Seine Aufgabe ist es, die deutsche Bundesregierung beim so genannten „Aufbau Ost“ zu koordinieren.



Der Rotkäppchen-Sekt überlebte die Wiedervereinigung.

Der Soll steht für Solidaritätszuschlag und wird auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer aufgeschlagen. 1995 wurde er zur Finanzierung der Kosten für die deutsche Einheit eingeführt und nicht wieder abgeschafft, obwohl er

nicht nur Ostdeutschland zugutekommt. Auch deshalb wird heftig über seinen Fortbestand diskutiert.

Rotkäppchen-Sekt. Nicht viele DDR-Marken haben überlebt. Zu



In Ostdeutschland regeln sie die Fußübergänge.

sehr zog es die Menschen damals zu Westprodukten hin, die ihnen so lange verwehrt waren. Der Rotkäppchen-Sekt schaffe es, sich dank massiver Investitionen und Werbemaßnahmen zu behaupten

und sich auch in Westdeutschland durchzusetzen.

Ampelmännchen. Sie behielten auch nach der Wiedervereinigung ihr Aussehen.

Sprache. Von rund 2000 der DDR zuzurechnenden Begriffen hat es nur eine Handvoll in den gesamten deutschen Sprachraum geschafft. Laut Sprachpapst Wolf Schneider gehört das Verb „erstellen“ dazu, einst eine Schöpfung der DDR-Bürokratie, sowie der von SED-Chef Walter Ulbricht kreierte Begriff „Fakt“. (sta)

Wiedervereinigung

Drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall weist Ostdeutschland weiter Fortschritte beim Aufholprozess vor. Und doch ist die Unzufriedenheit und der Zulauf zur AfD groß. Versuch einer Erklärung.

Von Gabriele Starck

Berlin, Leipzig – Die Euphorie über die Grenzöffnung ist verpufft, ebenso ist die Depression der ersten Jahre wegen geschlossener Fabriken und nicht mehr existenter Arbeit verfliegen. Doch zum 30-Jahr-Jubiläum der Friedlichen Revolution von 1989 kommt wenig Feierstimmung auf in Deutschland. Vielmehr hat sich so etwas wie Ratlosigkeit breitgemacht, ausgelöst von den Wahlerfolgen der rechtsextremistischen Verdrängung der DDR.

Bei den Wessis aber wächst auch der Groll. Zig Milliarden seien in den Osten geflossen, die Jammerer aber immer noch laut. So als gäbe es im Westen kein Wohlstands- oder Lohn-Gefälle. Und tatsächlich: An der Spitze jener deutschen Regionen mit großen wirtschaftlichen Problemen stehen laut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zwei im Ruhrgebiet gleichauf mit zwei aus Sachsen-Anhalt. Infrastrukturell aufgrund hoher kommunaler Verschuldung sind gar

drei westdeutsche Regionen negative Spitzenreiter.

Dennoch: „Alle ostdeutschen Bundesländer liegen bei ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft gemessen am BIP pro Kopf nach wie vor hinter den westdeutschen“, sagt Holger Lengfeld, Soziologe an der Universität Leipzig. Natürlich sei der Aufholprozess sehr erfolgreich unter dem Aspekt, dass sich ein Land mit einem deutlich niedrigeren Wirtschaftsniveau gewissermaßen selbst aufgelöst und einem anderen angeschlossen habe. „Doch im Rahmen der Wiedervereinigung“ sei den Ostdeutschen nun einmal westliches Durchschnittsniveau versprochen worden. Und das sei nicht erreicht, könne es mancherorts aufgrund der gewachsenen Struktur auch nicht werden (siehe Box rechts). Daraus resultiere eine la-



9. 11. 1989

„Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort ... unverzüglich“

stammte Günter Schabowski, Mitglied des SED-Politbüros, vor der internationalen Presse in Ost-Berlin – und verkündete damit unbeabsichtigt die Öffnung der DDR-Grenzen.

tente Unzufriedenheit. Die Flüchtlingspolitik habe bei vielen Ostdeutschen den Eindruck erweckt, dass der Regierung die Flüchtlinge wichtiger seien als sie. Weil in ihrem Ort „die Bahn stillgelegt wurde, der Supermarkt und die Bankfiliale dichtgemacht haben“, fühlen sie sich im Stich gelassen. Dafür allerdings könne die heutige Regierung überwiegend nichts, das sei demografisch begründet, sagt Lengfeld. Manche Gegenden seien durch den Wegzug der jungen Leute völlig ausgedünnt, die Gesellschaft überaltert. „Neubaugebiete (im Westen Plattenbauten genannt, Anm.) in den mittelgroßen Städten wie Eisenhüttenstadt oder Suhle werden heute zum Teil abgerissen, weil nicht mehr genügend Leute da sind“, erklärt der Leipziger Soziologe.

Der Grund dafür sind Fehler, die in den 1990ern gemacht wurden. Da ist sich Lengfeld mit seinem Kollegen Steffen Mau von der Humboldt-Universität in Berlin einig. „Die Wiedervereinigung hat unglaubliche Wohlstands-, Freiheits- und Modernisierungsgewinne gebracht. Zugleich aber wurden die Schattenseiten lange nicht beobachtet bzw. verdrängt“, sagt Mau. Der wirtschaftliche Wiedervereinigungsprozess habe zu einem Zeitpunkt eingesetzt, an dem „der Neoliberalismus in Westeuropa eine sehr verbreitete Denkform“ war. Es wurde auf eine Privatisierung innerhalb von vier Jahren durch die Treuhand gesetzt, nicht auf Sanierung oder auf Kredite für Ostdeutsche, damit sie das ehemalige Staatseigentum erwerben können. Die polnische Regierung habe die Bürger zu Eigentümern ihrer Wohnungen gemacht, sagt Mau. Nicht in Ostdeutschland: Dort wurden die DDR-Wohnbaugesellschaften oft an die Westgesellschaften verkauft. Die Ost-Eliten wurden durch importierte West-Eliten ersetzt, 30.000 bis 40.000 vor allem Männer waren es laut Mau. „Je höher und einflussreicher die Position war, desto eher wurde sie mit einem Westdeutschen besetzt.“ Und zu 75 Prozent hätten diese Positionen auch

heute noch Wessis inne. Eine eigenständige Elitenbildung gab es nicht, die Jungen und gut Ausgebildeten wanderten ab. „In dem Moment, wo die Wiedervereinigung zunächst einmal Talfahrt bedeutete und nicht blühende Landschaften, haben viele Leute ihre Existenzkrisen auf die westdeutschen Eliten projiziert.“ Inzwischen stünden dieser Frustration die Unzufriedenheit wieder auf der Agenda, „wie man sich es vor 15, 20 Jahren nicht vorstellen konnte“, sagt Mau. Beispiel von einer AfD, deren Protagonisten zum großen Teil aus Westdeutschland stammten und die unter dem Motto „Wende 2.0“ eine eingeschränkte Meinungsfreiheit beklagen. „Dass ausgerechnet diese AfD die Vollendung der Wende verspricht, ist da ein Treppenwitz der Geschichte“, stellt Mau fest. Und doch hat die fremdenfeindliche, zum Teil rechtsradikale Partei in den ostdeutschen Flächenländern weit mehr als 20 Prozent bei Wahlen erreicht.

Das habe aber nicht allein etwas mit einer Demokratieferne der Ostdeutschen durch die jahrzehntelange Diktatur zu tun, betont Mau. Denn das Merkmal der Friedlichen Revolution sei ja gewesen, dass 1989 viele auf die Straßen gingen, ihre Forderungen an Obrigkeiten formuliert und so das System zum Wanken gebracht haben, erinnert Mau. „Es war eine kurze Phase des demokratischen Rausches, der offenen Kritik und der Mitgestaltung.“ Doch diesen Prozess habe der Einigungsvertrag abrupt beendet, indem die Bedingungen des Vertrags so detailliert ausgestaltet gewesen seien, dass die Ostdeutschen nicht mehr an den Regeln der BRD rütteln konnten. „Alles bis zum Bestattungswesen wurde genauso vorgegeben wie im Westen. Das hat in gewisser Weise bei den Ostdeutschen zur politischen Passivität geführt, sie gerieten in eine Art Duldungsstarre“, erklärt der in Rostock aufgewachsene Soziologe. Westdeutsche Parteien hätten so nur wenig Mitglieder im Osten rekrutieren können, und „die Zivilgesellschaft als vorpolitischen Raum gab es in der DDR nicht“.

Um die AfD zu stoppen, schlägt Mau vor, jene drei Viertel der Bürger, die nicht AfD gewählt haben, zu aktivieren und den demokratischen Prozess wiederzubeleben – in Form von Bürgerräten oder runden Tischen jenseits von Parteimitgliedschaften, indem man den Leuten sagt: „Ihr seid gefragt, ihr müsst Teilnehmer der Veranstaltung Demokratie sein.“ Dann könne Demokratie als etwas Bewirkendes erlebt werden.

Ostdeutschland als Labor für die Wiederbelebung demokratischer Aktivität. Und ein Rezept wohl auch über Ostdeutschland hinaus.

bremste Demokratie-Rausch aus

Auch 30 Jahre nach dem Mauerfall sind Ost- und Westdeutschland nicht ganz eins. Die wirtschaftlichen Unterschiede werden nach wie vor kleiner, doch die Unzufriedenheit hält an.



Ost und West im Vergleich nach 30 Jahren

30 Jahre nach dem Mauerfall haben sich Ost und West in vielen angelehert – auch bei Einkommen, Arbeitslosigkeit oder Armutsrisiko. Trotzdem sind im sozialen Bereich die Unterschiede nach wie vor deutlich.



Die Lohnschere zwischen Ost und West beträgt 16 Prozent. Foto: Rottensteiner

Einkommen. Ein ostdeutscher Vollzeitbeschäftigter kam laut Jahresbericht zum „Stand der deutschen Einheit“ 2018 im Schnitt auf 84 Prozent des monatlichen Bruttoverdienstes eines Westdeutschen – auf rund 2790 Euro. Die Lohnlücke sank damit von 19 auf 16 Prozent. Eine der Ursachen für die Lohnlücke: die geringere Tarifbindung in den neuen Ländern. In Betrieben mit Tarifvertrag arbeiteten 49 Prozent der westdeutschen, aber nur 35 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten. Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) lagen die Tagesentgelte aus Vollzeitbeschäftigung zuletzt im Osten bei 86 Euro, im Westen dagegen bei 110 Euro. Innerhalb Ostdeutschlands wurden die Unterschiede beim Entgelt demnach seit der Jahrtausendwende allerdings deutlich kleiner – innerhalb Westdeutschlands wuchsen sie dagegen stark.



6,9 Prozent sind in Ostdeutschland arbeitslos. Foto: dpa/Statenschule

Arbeitslosigkeit. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2018 betrug 4,8 Prozent im Westen – im Osten waren es 6,9 Prozent. 2005 waren es aber noch 9,9 Prozent im Westen und 18,7 Prozent im Osten. Ein Grund für die Angleichung ist laut Experten neben der allgemeinen Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt auch die Abwanderung aus Ostdeutschland und das Älterwerden der Gesellschaft, vor allem im Osten.



Die Zahl der Armutsgefährdeten ist im Westen gestiegen. Foto: Keystone

Arbeitslosigkeit. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2018 betrug 4,8 Prozent im Westen – im Osten waren es 6,9 Prozent. 2005 waren es aber noch 9,9 Prozent im Westen und 18,7 Prozent im Osten. Ein Grund für die Angleichung ist laut Experten neben der allgemeinen Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt auch die Abwanderung aus Ostdeutschland und das Älterwerden der Gesellschaft, vor allem im Osten.

bedroht, in den alten Ländern 15 Prozent. 2005 waren es im Osten noch 20,4 und im Westen 13,2 Prozent. Im Westen hat sich die Lage also verschlechtert und im Osten deutlich verbessert. Dass es sich nicht nur um ein Ost-West-Gefälle handelt, zeigt sich etwa im Vergleich der Städte: Duisburg hat mit 27,4 Prozent die höchste Armutsgefährdungsquote, gefolgt von Dortmund (23,9 Prozent) – beide im Westen, Leipzig im Osten (22 Prozent) sowie Bremen und Essen (beide im Westen: jeweils 21,6 Prozent). Die Schwelle der Armutsgefährdung lag 2018 bei 1035 Euro im Monat für einen Einpersonenhaushalt – wer darunter liegt, gilt als gefährdet.

Armutsquote. In Ostdeutschland waren 17,5 Prozent der Bevölkerung von Armut

Wirtschaftskraft. Laut Jahresbericht zum „Stand der deutschen Einheit 2018“ ist die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands von 43 Prozent im Jahr 1990 auf 75 Prozent des westdeutschen Niveaus im Jahr 2018 gestiegen. Das BIP stieg im Osten stärker als im Westen. (dpa)

Fotos: iStock, dpa/Zb-Archiv, APA/Planhofer, imago, APA, AFP/Essele, ARD/Meris, dpa, Getty

Prominente – In der DDR geboren und aufgewachsen, nach der Wiedervereinigung im deutschsprachigen Raum zum Star geworden



Jan Josef Liefers (geb. 1964 in Dresden): Bekannt ist er vor allem als Gerichtsmagister Karl-Friedrich Boerne im Tatort. Als Musiker trat er mit Band auch schon in Tirol auf.



Till Lindemann, Rammstein (geb. 1963 in Leipzig): Frontsänger und Texter von Rammstein. Sein Vater Werner Lindemann war in der DDR ein sehr bekannter Kinderbuchautor.



Kai Pfäume (geb. 1967 in Halle): Der TV-Moderator begann in Magdeburg ein Informatik-Studium, bevor er im Herbst 1989 über Ungarn und Österreich nach Westdeutschland floh.



Corinna Harfouch (geb. 1954 in Suhl): Nach einer Krankenpflege-Ausbildung begann sie ein Textilingenieur-Studium und wechselte dann an die staatliche Schauspielschule Berlin.



Yvonne Catterfeld (geb. 1979 in Erfurt): Sie nahm ab dem 15. Lebensjahr Musik- und Tanzunterricht und studierte zwei Jahre an der Musikhochschule Leipzig Jazz- und Populärmusik.



Simone Thomalla (geb. 1965 in Leipzig): studierte an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ in Berlin. Ihr TV-Debüt hatte sie 1982 in einem DDR-Film.